1998.GR.000500

Vortrag des Gemeinderats an den Stadtrat

Zonenplan-Änderung Rehhag

1. Worum es geht

Auf kantonaler Ebene wurde der Bedarf für eine Inertstoff-Deponie in der Region Bern bereits 2001 formuliert. 90 Prozent der in der Region Bern anfallenden Inertstoffe müssen ausserhalb der Region entsorgt werden. Deshalb wurde der Standort Rehhag 2007 im regionalen und 2011 im kantonalen Richtplan als Standort für eine Inertstoffdeponie vorgesehen. Gemäss Artikel 9 Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (RPG; SR 700) und Artikel 57 Baugesetz des Kantons Bern vom 9. Juni 1985 (BauG; BSG 721.0) ist die Festlegung für die Behörden verbindlich und verpflichtet die Stadt, die Deponie in einem Zonenplan festzulegen. Um diesen Auftrag umzusetzen, hat der Gemeinderat den Zonenplan Rehhag aus dem Jahr 2004 geändert und mit einer Deponiezone für die Lagerung von Inertstoffen ergänzt.

Die Zonenplan-Änderung regelt hauptsächlich, in welchem Bereich der Abbauzone anstelle von sauberem Aushub ein Kompartiment von Inertstoffen (Zielgrösse: 500 000 m³) eingelagert werden kann. Die Sicherung des geeigneten Bereichs erfolgt durch Festsetzung einer Deponiezone. Ausserdem werden Naturgefahren grundeigentümerverbindlich festgelegt.

2. Inhalte der Zonenplan-Änderung

Das Planungsgebiet Rehhag liegt westlich angrenzend an Bümpliz und umfasst hauptsächlich die Tongrube und die ehemalige Ziegelei Rehhag. Es liegt zwischen dem Bottigenmoos, dem Rehhag-hölzli, der Gemeindegrenze zu Köniz und dem Moosweg.

Mit der Stilllegung der Tonwarenproduktion Ende 2002 wurde auch der Rohstoffabbau eingestellt – mit Ausnahme eines geringen Abbaus für andere Zwecke südlich des Betriebsareals. Mit dem Brachliegen der offenen Grube begann die Sukzession, d.h. die seltenen und wertvollen Pionierstandorte begannen zu verbuschen und würden ohne Pflegeeingriffe innert weniger Jahrzehnte zu Wald. Die meisten Lebensräume in der Grube benötigen dringend eine fachgerechte Pflege, wenn ihr hoher ökologischer Wert erhalten bleiben soll. Nach den gesetzlichen Vorgaben (Art. 25 Abs. 2 BauG) müssen ausgebeutete Gruben wieder aufgefüllt werden.

Die Zonenplan-Änderung legt eine Deponiezone für eine Inertstoffdeponie fest und ermöglicht, dass nach einem entsprechenden Baubewilligungsverfahren in dieser Zone nicht nur Aushub- und Ausbruchmaterial, sondern auch Inertstoffe abgelagert können. In einer Inertstoffdeponie dürfen z.B. gesteinsähnliche Bauabfälle wie Mauerwerk und Flachglas sowie Abfälle, die bei der Herstellung von Keramikerzeugnissen, Ziegeln, Fliesen und Steingut nach dem Brennen anfallen, aber auch Eternit, Asphalt und weitere Bauabfälle abgelagert werden. Damit allfälliges Sickerwasser aus der Inertstoffdeponie im Freispiegelgefälle abgeleitet werden kann, ist dies nur oberhalb der Höhenkote des Moosbachs möglich. Dies bedeutet, dass der untere Teil der Tongrube zwingend mit Aushub- und Ausbruchmaterial aufgefüllt werden muss.

Weiterhin legt die Zonenplan-Änderung die Gefahrengebiete gemäss Gefahrenkarte fest. Dabei handelt es sich um Überflutungsgefahren am Moosbach und Rutschgefahren. Zusätzlich werden die

ursprünglich für den in der Zwischenzeit eingestellten Ziegeleibetrieb geschaffenen Vorschriften gelöscht (Materiallagerung für Produkte der Ziegelei, Rodung und Ersatzaufforstung von Wald). Die Zonenplan-Änderung schafft die zonenrechtlichen Voraussetzungen dafür, dass ein Baugesuch für die im kantonalen Richtplan und im regionalen Richtplan ADT festgesetzte Inertstoffdeponie eingereicht werden kann.

3. Mitwirkung, Vorprüfung und öffentliche Auflage

3.1 Mitwirkung

Die öffentliche Mitwirkungsaufgabe der Zonenplan-Änderung und der Überbauungsordnung Rehhag fand vom 20. März bis 13. Mai 2014 statt. Im Rahmen der Mitwirkungsaufgabe wurden zehn Mitwirkungseingaben eingereicht. Die Eingaben beziehen sich vor allem auf folgende Themen:

- die Überwachung des Deponiebetriebs (Abläufe, Materialzufuhr, Einsatz einer Grubenkommission),
- die Prüfung temporärer und kurzfristiger Massnahmen am Moosweg zum Schutz der Amphibien,
- die Höhe der Gebäude und die Gestaltung des Betriebsareals, die Übergänge zur Landschaft und den Umgang mit gegenseitigen Störungen Naturschutz – Industrie und Gewerbe – Freizeit,
- Möglichkeiten der Verhinderung von Schleichverkehr; Fahrtencontrolling,
- den Ausbau des Mooswegs und die Verbindungsstrasse zum Bauhauskreisel,
- die Renaturierung des Moosbachs mit begleitendem Unterhalts- und Fussweg, auch unabhängig vom Bau einer Verbindungsstrasse,
- den zügigen Bau der Detailerschliessungsstrasse.

Die wesentlichen Anregungen waren bereits durch Vorgaben in der Planung, aber auch durch vertragliche Vereinbarungen verbindlicher Bestandteil der Planung geworden. Das weitere Vorgehen in vielen Einzelfragen wurde gemeinsam mit Fachbehörden, Umweltverbänden und auch mit der Nachbargemeinde Köniz definiert. Die Zonenplan-Änderung war von den Mitwirkungseingaben nicht betroffen. Sie zogen aber geringfügige Anpassungen der Überbauungsordnung und der dazugehörigen Vorschriften und des Erläuterungsberichts zur Planung Rehhag gegenüber der Mitwirkungsaufgabe nach sich.

3.2 Vorprüfung

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hat die Vorprüfung der Planung Rehhag, zusammengesetzt aus der Zonenplan-Änderung, der Überbauungsordnung Rehhag und den beiden Baugesuchen für die Auffüllung der Tongrube mit sauberem Aushub und die temporäre Erschliessungspiste, mit gemeinsamem Bericht vom 6. März 2017 abgeschlossen. Es hält darin betreffend Zonenplan-Änderung fest, dass diese die Auffüllung mit Inertstoffen ermöglichen würde, und hat die Planungsvorlage unter Berücksichtigung weniger, im Bericht genannter Vorbehalte, als genehmigungsfähig anerkannt. Die Vorbehalte wurden in der vorliegenden Planungsvorlage ausgeräumt. Dazu waren keine wesentlichen Änderungen nötig.

3.3 Öffentliche Auflage

Die öffentliche Auflage der Zonenplan-Änderung Rehhag erfolgte vom 29. März bis 28. April 2017. Gegen den Zonenplan gingen weder Einsprachen noch Rechtsverwahrungen ein.

4. Weiteres Vorgehen

Nachdem der Stadtrat die Zonenplan-Änderung Rehhag beschlossen hat, wird sie den Stimmberechtigten zum Beschluss unterbreitet. Bei einem positiven Ausgang des Urnengangs wird der Gemeinderat die Unterlagen zur Genehmigung an das kantonale Amt für Gemeinden und Raumordnung weiterleiten.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats betreffend Zonenplan-Änderung Rehhag.
2. Er unterbreitet den Stimmberechtigten folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Die Stadt Bern erlässt die Zonenplan-Änderung Rehhag, Plan Nr. 1317/6, vom 6. März 2017.
Die bisherige Zonenordnung wird in diesem Bereich aufgehoben.
3. Die Botschaft an die Stimmberechtigten wird genehmigt.

Bern, 31. Januar 2018

Der Gemeinderat

Beilage:

- Abstimmungsbotschaft